

# Allgemeine Zeitung

RHEIN MAIN PRESSE

[Allgemeine Zeitung](#) / [Politik](#) / [Rheinland-Pfalz](#)

Rheinland-Pfalz 18.10.2014

## Den schnellen Euro nebenbei



Die Forderung nach mehr Transparenz bei Abgeordneten ist schon alt – hier Aktivisten in Karlsruhe im Jahr 2006.  
Archivfoto: dpa

Von Markus Lachmann

### NEBENEINKÜNFTEN Rot-Grün will mehr Transparenz im Landtag / Vorbild Hessen und Bund

MAINZ - Den Bundestagsabgeordneten geht es finanziell gut. Laut der Organisation „Abgeordnetenwatch“ haben die 631 Volksvertreter seit der Wahl im vergangenen Herbst rund sieben Millionen Euro mit Nebenjobs kassiert. Erst die Debatte um die Vortragshonorare von Merkel-Herausforderer Peer Steinbrück sorgte dafür, dass sich der Bundestag transparentere Regeln gab. Zumindest werden die Einkünfte nun in zehn Stufen kategorisiert, die Geldgeber werden benannt – es sei denn, es handelt sich bei den Abgeordneten um Freiberufler, etwa Rechtsanwälte oder Landwirte. Einige Bundesländer haben nun nachgezogen und das Modell übernommen, andere, wie Rheinland-Pfalz, sind gerade dabei. Oft sind die Grünen die treibende Kraft. Im Mainzer Landtag etwa geben diese bereits heute ihre Einnahmen in „Heller und Pfennig“ an. Doch dieses Modell dürfte für das gesamte Parlament kaum durchsetzbar sein.

„Transparentestes Gesetz“

- **DER GESETZENTWURF**

Laut Gesetzentwurf sollen rheinland-pfälzische Landtagsabgeordnete künftig ihre Einkünfte einer Stufe zuordnen und veröffentlichen, falls diese 5 000 Euro im Jahr oder 500 Euro im Monat überschreiten.

Insgesamt sind es elf Stufen, die erste erfasst einmalige oder regelmäßige monatliche Einkünfte zwischen 500 und 1000 Euro, die letzte beginnt bei 250 000 Euro. Dabei geht es etwa um Geld aus Vorträgen und Beratung, aus Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und Vorständen von Unternehmen sowie aus Beteiligungen an Kapital- oder Personengesellschaften.

Bei Anwälten soll der Schutz der Mandanten gewährleistet werden. Selbstständige müssen Einkünfte melden, je nach Quelle in unterschiedlicher Tiefe. Bei Einkünften aus Beteiligungen wird die Quelle pauschal genannt.

Rot-Grün hat in Rheinland-Pfalz nun einen Gesetzentwurf für die Veröffentlichung von Nebeneinkünften eingebracht. Es soll die transparenteste Regelung der Republik werden. Die CDU hat noch nicht zu erkennen gegeben, ob sie das Vorhaben mittragen will. CDU-Vize Christian Baldauf stellt aber klar: „Es wird keine Totalverweigerung geben.“ Mit dem „gläsernen Abgeordneten“ habe er kein Problem, wohl aber, wenn Mitgeschafter auf einmal auch gläsern werden sollten, so Baldauf, der nebenbei als Rechtsanwalt arbeitet. Die Opposition möchte wissen, inwiefern die Regelungen des Bundestags auf Rheinland-Pfalz übertragbar sind. Baldauf betont auch, dass es sich in Berlin um ganz andere Größenordnungen handle. Dort führt Peter Gauweiler (CSU) die Liste mit knapp einer Million Euro an.

Rheinland-Pfalz reiht sich nun ein mit Nordrhein-Westfalen, Bayern und Brandenburg. Auch in Hessen müssen die 110 Abgeordneten ihre Einkünfte nach einem Stufenmodell veröffentlichen. Von den neun Top-Verdienern kommen dort sechs von der CDU und jeweils einer von SPD, FDP und den Grünen. Der Christdemokrat Clemens Reif führt mit einem Betrag zwischen 65 000 und 105 000 Euro die Liste an – das Geld verdient er in erster Linie als Vorstand einer Beteiligungsgesellschaft.

Die Parlamentarier in Wiesbaden müssen aber nicht alles veröffentlichen. Wer beispielsweise aus einer Tätigkeit in einem Aufsichtsrat 800 Euro im Monat erhält, immerhin 9 600 Euro im Jahr, darf dieses Wissen für sich behalten.

Auch im Bundestag bleibt vieles im Unklaren. Anwalt Gauweiler beispielsweise dürfte viel mehr verdienen, als er angibt. Zudem weiß niemand, wer die Geldgeber sind. „Abgeordnetenwatch“ fordert deshalb, dass die Volksvertreter alle Geldgeber nennen und die Beträge bis auf den Cent genau darstellen müssen. Unter dem Titel „Verschleierung von Nebeneinkünften stoppen!“ hat die Organisation eine Internet-Petition gestartet.

Für „centgenaue“ Angaben

Der Bund der Steuerzahler Rheinland-Pfalz hätte am liebsten eine solche „Heller-und-Pfennig“-Regelung. Allerdings stößt dort auch der aktuelle Entwurf von Rot-Grün auf Wohlwollen, wie Geschäftsführer René Quante betont: Es sei für die Steuerzahler „wichtig zu wissen, ob sich Parlamentarier in finanzieller Abhängigkeit von Dritten befinden oder nicht“. Jeder Anschein von politischer Käuflichkeit müsse ausgeschlossen werden. Mit „Neiddebatte“ habe das nichts zu tun, so der Seitenhieb in Richtung CDU.

© Verlagsgruppe Rhein Main GmbH & Co. KG - Alle Rechte vorbehalten

